

**Finanzminister Steinbrück warnt deutsche Bürger vor langfristig herben Einschnitten in ihrem Lebensstandard. Da könnte schon mal der Urlaub ins Wasser fallen. Die Touristikbranche reagiert mit Kritik.**



Auf die Bundesbürger kommen aus Sicht von Finanzminister Peer Steinbrück langfristig herbe Einschnitte beim persönlichen Lebensstandard zu. „Die Menschen werden sich zum Beispiel darauf einstellen müssen, in den nächsten Jahrzehnten mehr für Alter, Gesundheit und Pflege auszugeben. **Das heißt: Wir müssen im Zweifel auf eine Urlaubsreise verzichten**, um für später vorzusorgen“, sagte der SPD-Politiker in einem heute veröffentlichten „Hörzu“-Interview.

### “Wieder stärker an unser Land denken“

Steinbrück ist sich offenbar zugleich bewusst, wie unpopulär solche Äußerungen sind. „Wenn sie so was verkünden, können sie öffentlich ganz schön verhaun werden“, sagte er. Bei den Reformen im Gesundheitswesen, am Arbeitsmarkt, bei der Rente und den Unternehmenssteuern gehe es aber um die Zukunft Deutschlands. „Wir müssen wieder stärker an unser Land und weniger an unsere Einzelinteressen denken“, sagte er. Internet

## Altersvorsorge

# Riester rät zu Verzicht auf Autokauf

**Nach dem Wirbel um den von Finanzminister Peer Steinbrück angeregten Urlaubsverzicht sorgt ein neuer Sparvorschlag eines SPD-Politikers für Empörung. Diesmal hat Walter Riester einen Tipp. (24.08.2006, 12:45 Uhr)**



ä Berlin - Der Ex-Bundesarbeitsminister empfahl den Deutschen in der „Westdeutschen Zeitung“, sie sollten mit Blick auf die Altersvorsorge auf ein neues Auto verzichten. Damit zog sich der SPD-Bundestagsabgeordnete heftige Kritik aus den eigenen Reihen zu. Der industriepolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Garrelt Duin, nannte den Vorschlag „unerträglich“. „Nachdem die umstrittenen Äußerungen des Finanzministers zum Thema Urlaub kaum verklungen sind, meint der Herr Ex-Minister wohl noch schlaue-

re Vorschläge machen zu müssen“, kritisierte Duin. Riester solle „sein Auto verkaufen und zu Fuß gehen. Das macht den Kopf frei“.

Riester hatte der Zeitung gesagt: „Die Deutschen haben zwar eine hohe Sparquote, geben aber das Geld für andere Dinge, etwa ein neues Auto, aus. Das sollte sich ändern, wenn sie sich im Alter noch etwas leisten wollen.“ Der Vorschlag sei nicht nur „sozialpolitisch Unfug, er ist auch noch wirtschafts- und umweltpolitisch absurd“, kritisierte Duin. Zum einen habe Deutschland mit einem Durchschnittsalter von acht Jahren den ältesten Fuhrpark in Europa. Heutige Fahrzeuge seien in der Regel sparsamer und oftmals sauberer als ihre Vorgängermodelle. „Zum anderen dürfen gerade die von Stellenabbau bedrohten Beschäftigten in der Automobilindustrie von einem ehemaligen IG Metall-Sekretär eigentlich erwarten, dass er nicht gegen ihre Interessen spricht“, so Duin weiter. (tso/AFP)

# Rheinische Post: Arbeitslosen-Rechte

25.08.2006 - 20:36 Uhr, Rheinische Post [\[Pressemappe\]](#)

Düsseldorf (ots) - Von Alexander von Gersdorff

Im Dauerkampf gegen die hohe Arbeitslosigkeit kommen aus der CSU auf einmal ganz neue Töne. Wer länger als ein Jahr ohne Job ist, sollte auch keinen Urlaub mehr haben dürfen, meint Generalsekretär Markus Söder.

Urlaub für Arbeitslose? Viele Bürger dürften noch nicht einmal wissen, dass es das gibt. Und so mancher wird die Meinung vertreten, Arbeitslosigkeit sei doch schon Dauerurlaub. Dabei steckt ein Mensch ohne Arbeit in einer Situation, die in erster Linie dieser Staat durch seine über Jahrzehnte verfehlte Sozial- und Finanzpolitik zu verantworten hat. Und auch Langzeitarbeitslose haben Rechte. Dazu zählt, drei Wochen aus den oft bedrückenden eigenen vier Wänden herauszukommen; in den übrigen 49 Wochen des Jahres haben sich Arbeitslose jeden Tag für einen Anruf von der Arbeitsagentur bereitzuhalten, sonst droht eine Kürzung der Zuweisungen.

Söder hat Recht im Grundsätzlichen: damit, dass im üppigsten Sozialsystem der Welt, dem deutschen, große Kürzungspotenziale bestehen. Das von ihm genannte Übergangsgeld für Langzeitarbeitslose zählt dazu. Aber alle Vorstöße dürfen nicht auf eine Diffamierung von Arbeitslosen hinauslaufen. Die CDU weiß schon, warum sie zu Söder schweigt.